

Wie Papst Franziskus die Welt verändern will? – Zur „Ethik sozialer Bewegungen“ in der Enzyklika „Laudato si“

Dr. Michael Schäfers

Die Welt befindet sich in einem schlechten Zustand. Wir plündern die Erde. Die Probleme spitzen sich zu. Die Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus listet dazu eine große Menge Fakten auf und sie zeigt weitreichende Lösungsvorschläge auf, die als Beitrag zu einem Dialog um die drängenden Probleme zu verstehen sind. Welche Vorstellungen und Vorschläge hat der Papst aber nun, diese auch durchzusetzen und Wirklichkeit werden zu lassen? Bekanntlich mangelt es unserer Zeit nicht an guten Vorschlägen, sondern an deren wirksamen Durchsetzung. Wo sieht der Papst also Akteure für eine andere, einer besseren Politik, die die notwendige „Globalisierung der Solidarität“ durchsetzt bzw. durchsetzen kann? Welche Rolle sieht er in diesem Kontext für soziale Bewegungen? Und welche ethischen Ansprüche sind an das Handeln der Akteure zu stellen? Und: Was bringt die Enzyklika hier Neues gegenüber der bisherigen Positionierung der Soziallehre der Kirche?

„Bewegungen“ in der Soziallehre der Kirche: Eine kurze Rückschau

Beginnen wir mit der letzten Frage, um die Enzyklika diesbezüglich in der Tradition und Entwicklung der Soziallehre der Kirche einordnen zu können. Seit der ersten systematischen Sozialenzyklika von Papst Leo XIII. von 1891 gehört zum Standardrepertoire die Formulierung von moralischen und ethischen Anforderungen an die Politik bzw. die politischen Akteure. Im Mittelpunkt steht dabei die christliche „Staatslehre“, also der Aufbau eines Staates, der dem Gemeinwohl verpflichtet ist bzw. sein soll. Papst Leo XIII. verteidigte die christliche Staatsverfassung gegenüber den aus seiner Sicht zersetzenden Wirkungen des Sozialismus. So habe der Staat zum Beispiel die Aufgabe, dass private Eigentumsrecht gegen die Kollektivierungsvorstellungen des Sozialismus zu verteidigen – durch Gesetzgebung und Verwaltung (vgl. z.B. RN Ziff. 12). Vierzig Jahre später in der Enzyklika „Quadragesimo anno“, die unter der Federführung von Oswald von Nell-Breuning erstellt wurde, gelang es Papst Pius XI. zu einer differenzierteren Sicht zu kommen und das Subsidiaritätsprinzip zu einem Kernbaustein zu machen, auch wenn dessen Konkretisierung und Auslegung umstritten blieb. In der Enzyklika heißt es in der berühmten Passage:

„Wenn es nämlich auch zutrifft, was ja die Geschichte deutlich bestätigt, dass unter den veränderten Verhältnissen manche Aufgaben, die früher leicht von kleineren Gemeinwesen geleistet wurden, nur mehr von großen bewältigt werden können, so muss doch allzeit unverrückbar jener höchst gewichtige sozialphilosophische Grundsatz fest gehalten werden, an dem nicht zu rütteln noch zu deuteln ist: wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es

überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“ (QA Ziff. 79)

Damit formulierte die Enzyklika ein klassenübergreifendes Ordnungsprinzip sozialer Organisation, ausgehend vom Einzelnen, der Familie, Gemeinschaften und (berufsständischen) Zusammenschlüssen bis hin zum Staat. Hieraus ergab sich auch die Anleitung für das politische Handeln einzelner Akteure und Zusammenschlüsse, deren Einzelinteressen dann in der staatlichen Gemeinwohl- und Ordnungspolitik harmonisch „aufgehen“ sollten. Dem Staat kam dementsprechend auch die Aufgabe zu, die kapitalistische Wirtschaftsweise zum Wohle aller durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik zu zähmen. Bewegungen kamen in diesem Kontext nur insofern in den Blick als sie als Abgrenzungsmuster zur christlichen Auffassung dienten. Dies galt insbesondere für die sozialistische Bewegung, gleichwohl hier Differenzierungen eingefügt wurden (vgl. QA Ziff. 117). Jedenfalls blieben die Vorstellungen zu „Bewegungen“ blutleer und zum Teil negativ besetzt, insbesondere dann, wenn sie sich außerhalb der Einflussnahme und Kontrolle der Kirche bewegten.

Dies änderte sich durch Papst Johannes XXIII., der in „Pacem in terris“ aus dem Jahr 1963 als „Zeichen der Zeit“ drei „Bewegungen“ hervorhob: den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse, die zunehmende Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben und die „Freiheitsbewegung“ der ganzen Menschheitsfamilie, die dem sozialen und politischen Leben eine neue Gestalt gibt (vgl. PT Ziff. 21-25). Diese „Emanzipationsbewegungen“ sind es, die der Zeit ihr positives Gepräge geben und zunehmend die Fremdherrschaft beseitigen. Johannes XXIII. war hier von einem großen Optimismus geprägt, der dazu beitrug, Freiheitsbewegungen fortan in der Kirche in ihrem Eigenwert – auch diejenigen „außerhalb“ der Kirche – wahrzunehmen und vor allem zu würdigen.

Johannes Paul II. setzt diese Linie unter dem Druck der Ereignisse in Polen und vor allem der Gründung von Solidarność, die als Gewerkschaftsbewegung aus der Streikbewegung 1980 entstanden war, fort. In der Enzyklika „Laborem exercens“ von 1981 spricht er vor allem die „Bewegungen der Solidarität auf dem Gebiet der menschlichen Arbeit“ (LE Kap. 8) an und fordert dazu auf, neue Solidaritätsbewegungen zu gründen. Die entscheidende Passage lautet:

„Will man die soziale Gerechtigkeit in den verschiedenen Teilen der Welt, in den verschiedenen Ländern und in den Beziehungen zwischen ihnen verwirklichen, bedarf es immer neuer Bewegungen von Solidarität der Arbeitenden und mit den Arbeitenden. Diese Solidarität muss immer dort zur Stelle sein, wo es die soziale Herabwürdigung des Subjekts der Arbeit, die Ausbeutung der Arbeitnehmer und die wachsenden Zonen von Elend und sogar Hunger erfordern. Die Kirche setzt sich in diesem Anliegen kraftvoll ein, weil sie es als ihre Sendung und ihren Dienst, als Prüfstein ihrer Treue zu Christus betrachtet, um so wirklich die »Kirche der Armen« zu sein.“ (LE Kap. 8)

Soziale Bewegungen der Arbeit sind das zentrale „Mittel“ zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit und indem die Kirche diese „kraftvoll“ unterstützt, wird sie zu dem, was sie sein soll: Kirche der Armen.

Zusammenfassend kann also konstatiert werden, dass die Soziallehre der Kirche zunehmend, ausgehend von einer Abgrenzung gegen die sozialistischen Bewegungen, zu einer positiven Betonung der Bedeutung sozialer Bewegungen findet, die als „Zeichen der Zeit“ und als Bewegungen für soziale Gerechtigkeit qualifiziert werden. Zunehmend wird eine Ethik sozialer Bewegungen von unten entwickelt. Die Kirche will an der Seite dieser Bewegungen stehen, sie fördern und wird damit selbst ihren Standort an der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten und als Kirche der Armen finden. Soziale Bewegungen für soziale Gerechtigkeit geraten zunehmend ins Blickfeld der Soziallehre, indem ihre grundlegende soziale und politische Bedeutung in den „politischen Arenen“ herausgestellt und eingefordert wird. Sie werden als Akteure für eine andere, bessere Politik identifiziert.

„Laudato si“: Radikaler Ausdruck einer Sozialbewegung von unten

Papst Franziskus setzt diesen Kurs fort und radikalisiert ihn in der Enzyklika „Laudato si“. Und dies gleich in mehrfacher Hinsicht.

Vom 27. – 29. Oktober 2014 trifft sich der Papst in Rom mit 100 sozialen Bewegungen aus allen Teilen der Welt. Auf der Tagesordnung stehen die drei Hauptthemen: Land, Arbeit und Wohnen. Vor allem die beiden Themen Land und Wohnen nehmen in der Enzyklika „Laudato si“ einen breiten Raum ein und dies ist kein Zufall, denn das Welttreffen muss als Konsultation des Papstes mit sozialen Basisbewegungen im Vorfeld der Abfassung der Enzyklika eingeordnet werden. Papst Franziskus hält diese Bewegungen für diejenigen, die über große Kompetenzen verfügen, die sie sich im Kampf für Gerechtigkeit erworben haben. Sie wissen, worum es geht: die brasilianische Landlosenbewegung MST, der sambische Obdachlosen- und Armen-Verband, die kurdische Jugendorganisation aus Syrien und die Vereinigung koreanischer Bäuerinnen und die vielen anderen. Setzen vorhergehende Päpste auf wissenschaftliche Beratung und Expertise, setzt Papst Franziskus zusätzlich auf die persönliche Begegnung und den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der „Armenbewegungen“ und dies nicht in Einzelaudienz, sondern durch soziale Kommunikation untereinander, Dialog und Austausch. Dieses Treffen hat in der Enzyklika gerade bei den benannten Themen seine tiefen Spuren hinterlassen. Einzelne Aussagen lassen auf die Erfahrungsberichte des Treffens zurückführen. Die Situationsanalyse von „Laudato si“ etwa beim Thema Land ist stark von den Erfahrungen der Landlosenbewegungen geprägt. Der Papst setzt sich ausdrücklich für die kleinbäuerliche Landwirtschaft und deren Unterstützung ein, eine Forderung, die beim Treffen der Sozialbewegungen mehrmals erhoben wurde. So heißt es in der Enzyklika ausdrücklich:

„Es gibt zum Beispiel eine große Mannigfaltigkeit an kleinbäuerlichen Systemen für die Erzeugung von Lebensmitteln, die weiterhin den Großteil der Weltbevölkerung ernährt, während sie einen verhältnismäßig niedrigen Anteil des Bodens und des Wassers braucht und weniger Abfälle produziert (...). Die Größenvorteile, besonders im Agrarsektor, führen schließlich dazu, dass die kleinen Landwirte gezwungen sind, ihr Land zu verkaufen oder ihre herkömmlichen Produktionsweisen aufzugeben. Die Versuche einiger von ihnen, auf andere diversifizierte Produktionsformen überzugehen, stellen sich am Ende als nutzlos heraus aufgrund der Schwierigkeit, mit den regionalen oder globalen Märkten in Verbindung zu kommen, o-

der weil die Infrastruktur für Verkauf und Transport den großen Unternehmen zur Verfügung steht. Die Verantwortungsträger haben das Recht und die Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Kleinproduzenten und die Produktionsvielfalt klar und nachdrücklich zu unterstützen.“ (LS Ziff. 129)

Das sind die Erfahrungen, die Sprache und die Forderungen der Landlosenbewegung, die hier übernommen werden. Unmittelbar im Vorfeld der Abfassung der Enzyklika sucht der Papst die Stimme der Betroffenen, derjenigen sozialen Bewegungen, die die Interessen der Armgemachten vertreten, um mit ihnen die Forderungen zu erörtern, die er dann wenige Monate später in einer Enzyklika niederlegen wird. Dies bedeutet einen radikalen Prozess der Aufwertung der Basiskompetenzen sozialer Bewegungen, eine Legitimierung ihrer Anliegen und ihres politischen Agierens. „Laudato si“ kann dementsprechend als Ausdruck einer direkten „Lernbewegung“ des päpstlichen Lehramtes im Kontext sozialer Bewegungen gewertet werden. Die Radikalität der Enzyklika in vielen Fragen verdankt sich diesem „Qualifizierungsprozess“ durch die Ausgebeuteten und Unterdrückten selbst. Sie setzt damit Maßstäbe für alle sozialen Verlautbarungen der Weltkirche und der Ortskirchen, auch hier bei uns in Deutschland.

Nicht nur der Prozess der Abfassung, sondern auch die Aussagen der Enzyklika selbst zeigen die besondere Stellung und Bedeutung, die Papst Franziskus den sozialen Bewegungen, insbesondere auch der Ökologiebewegung, zuweist. Ausdrücklich hält der Papst am traditionsreichen Subsidiaritätsprinzip politischen und staatlichen Handelns fest, füllt dessen Bedeutung aber mit deutlich basisdemokratischen Elementen auf, die nicht nur gestärkt werden müssen, sondern zum Ausgangspunkt und unabdingbaren Voraussetzung politischen Handelns und aller Entscheidungen gemacht werden. Diese weitreichende Akzentverschiebung ergibt sich konsequent aus der analytischen Grundlage der Enzyklika, nach der die Wirtschafts- und Finanzinteressen in einem „Top-Down-Prozess“ die Herrschaft über die Politik übernommen haben (vgl. z.B. LS Ziff. 54). Der Vermachtung der Politik durch Finanzinteressen und der Unterwerfung der Politik „unter“ die Wirtschaft (vgl. LS Ziff. 189) setzt Papst Franziskus die Vorstellung einer sozialen Basisdemokratie entgegen, die auf die Kompetenzen der vor Ort Betroffenen setzt. Subsidiarität muss die Durchlässigkeit des Systems sicherstellen, damit vorrangig diese Interessen zum Tragen kommen können. Subsidiarität wird vom vormals stark formalen Ordnungsprinzip des Staatsaufbaus hin zu einer basisdemokratischen Methode politischen Handelns fortgeschrieben. Im diesem Kontext steht auch die Forderung des Papstes nach der „diskursiven“; auf Konsens unter allen Beteiligten ausgerichteten Politik, in der die Einwohner vor Ort einen privilegierten Platz einnehmen. Zu dem notwendigen basisdemokratischen Prozess der völligen Transparenz gibt Papst Franziskus folgende konkrete „Handlungsanweisung“:

„Immer ist es notwendig, den Konsens unter den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren einzuholen, die unterschiedliche Perspektiven, Lösungen und Alternativen beisteuern können. Einen privilegierten Platz in der Diskussion müssen jedoch die Einwohner vor Ort haben, die sich fragen, was sie für sich und für ihre Kinder wollen, und die auch Ziele in Betracht ziehen können, die das unmittelbare wirtschaftliche Interesse übersteigen. Man muss den Gedanken an ‚Eingriffe‘ in die Umwelt aufgeben, um zu einer von allen betroffenen Parteien

durchdachten und diskutierten Politik zu kommen. Die Beteiligung verlangt, dass alle über die verschiedenen Aspekte sowie über die unterschiedlichen Risiken und Möglichkeiten angemessen informiert sind und dass sie nicht auf die Anfangsentscheidung über ein Projekt reduziert wird, sondern auch Maßnahmen zur Kontrolle oder der ständigen Überwachung einschließt.“ (LS Ziff. 183).

In dieser Aussage finden sich die klassischen basisdemokratischen Elemente des herrschaftsfreien Dialogs, der Kompetenzprivilegierung der unmittelbar Betroffenen, der völligen Transparenz des Verfahrens und der demokratischen Kontrolle zu allen Zeiten, auf allen Ebenen und durch alle Beteiligten. Das Gute kann so zum Tragen kommen.

Ethik sozialer Bewegungen von unten – Verpflichtung auf das Gemeinwohl

Dass es aber keinen Automatismus für das Gelingen basisdemokratischer Prozesse gibt, dem ist Papst Franziskus durchaus bewusst, denn einen Konsens oder Kompromiss zu finden, ist bei widerstrebenden Interessenlagen keine „leichte Sache“, die sich quasi durch Verfahrensweisen von selbst ergeben. Diese sind „nur“ die notwendige Voraussetzung. Es bedarf einer entsprechenden Institutionalisierung durch den demokratischen Staat und der „ethischen Anreicherung“ sozialer Bewegungen zum Gelingen.

Es muss einen funktionierenden demokratischen Staat geben, der insbesondere durch das Recht die Spielregeln festlegt, garantiert und durchsetzt und sich als Institution dem Gemeinwohl verpflichtet weiß. Dabei geht es um präventives staatliches Handeln, also einen Staat, der nicht erst aktiv wird, wenn die Misstände bereits eingetreten sind:

„Ein Faktor, der als ordnende Kraft wirkt, ist das Recht, das unter Berücksichtigung des Gemeinwohls die Regeln für das zulässige Verhalten aufstellt. Die Grenzen, die eine gesunde, reife und souveräne Gesellschaft setzen muss, sind verknüpft mit: Vorausschau und Umsicht, angemessenen Reglementierungen, Überwachung der Anwendung der Vorschriften, Bekämpfung der Korruption, Aktionen wirksamer Kontrolle der unerwünschten Wirkungen der Produktionsprozesse und zweckmäßigem Eingreifen angesichts ungewisser oder möglicher Risiken. Die Rechtsprechung ist in zunehmendem Maß darauf ausgerichtet, die Verschmutzungen durch unternehmerische Aktivitäten zu verringern. Doch der politische und institutionelle Rahmen existiert nicht nur, um Misstände zu vermeiden, sondern um die besten Verhaltensweisen zu fördern und die Kreativität anzuregen, die neue Wege sucht, um die persönlichen und kollektiven Initiativen zu erleichtern.“ (LS Ziff. 177)

Das ist der institutionelle Rahmen der für gelingende Basisprozesse unerlässlich ist. Für das staatliche Handeln gilt dabei heute verstärkt: Nationale Interessen müssen hinter das globale Gemeinwohl zurücktreten, sind auf dieses verpflichtet, was in Konsequenz eine nationale Politik bedeutet, die sich stringent an der Beseitigung der globalen Probleme der Umweltzerstörung und der Beseitigung der Armut ausrichtet. Aber auch hierbei gilt, dass es kein einheitliches Lösungsmodell gibt, sondern – ganz in einem basisdemokratischen Sinn – der Vorrang und die Kompetenzen bei den lokalen Akteuren liegt:

„Deshalb führt das Bestreben, alle Schwierigkeiten durch einheitliche gesetzliche Regelungen oder technische Eingriffe zu lösen, dazu, die Vielschichtigkeit der örtlichen Problematiken zu übersehen, die ein aktives Einschreiten der Bewohner notwendig machen. Die neuen in Entwicklung befindlichen Prozesse können nicht immer in Schemata eingefügt werden, die von

außen festgelegt werden. Sie müssen vielmehr aus der eigenen lokalen Kultur erwachsen.“
(LS Ziff. 144)

Ein weiteres „Element“ muss hinzukommen, damit basisdemokratische Prozesse gelingen können: eine strikt ethische, moralische und soziale Orientierung aller Akteure und der sozialen Bewegungen, die auch die intakten Lebensmöglichkeiten kommender Generationen einbeziehen. Glaubwürdigkeit kann nur durch eine ganzheitliche Ökologie gewonnen werden, deren fundamentale Grundlagen „eine angemessene Anthropologie“ (LS Ziff. 118) ist.

Abschließendes Fazit: konsequente „Politik von unten“, Basisdemokratie und der Vorrang der sozialen Bewegungen

„Laudato si“ setzt als politisches Modell zur Durchsetzung der in der Enzyklika aufgezeigten notwendigen Veränderungen konsequent auf eine „Politik von unten“, die von den Betroffenen selbst, den Menschen vor Ort und den sozialen Bewegungen gemacht und getragen wird. Sie sind die vorrangigen Akteure einer besseren Politik hin zu einer „Globalisierung der Solidarität“. Das Subsidiaritätsprinzip wird durch eindeutige basisdemokratische Verfahren „radikalisiert“, angereichert und konkretisiert, damit die Betroffenen, die Menschen vor Ort und die sozialen Bewegungen sich nicht nur in die politischen Prozesse einbringen, sondern diese auch maßgeblich mitbestimmen können. Den sozialen Bewegungen kommt so eine herausragende Rolle als politische Akteure zu. Aber diese handeln nicht „voraussetzungslos“, sondern bedürfen der staatlichen Unterstützung u.a. durch eine rechtliche Absicherung der demokratischen Verfahren und einer präventiven Politikausrichtung. Alle politischen Akteure unterliegen gleichermaßen einer Verpflichtung auf den gemeinsamen Dialog und das globale Gemeinwohl hin. Im Vergleich mit der bisherigen Tradition der Soziallehre der Kirche ist die Betonung der Bedeutung sozialer Bewegungen zwar nicht neu, aber diese fiel bisher schwach aus und wird in „Laudato si“ eindeutig zugespitzt, indem Papst Franziskus sie als politische Akteure „ersten Ranges“ in seinen basisdemokratischen Forderungen etabliert. „Laudato si“ hat eine „politische Strategie“, wie das Geforderte auch umgesetzt werden kann, nämlich durch eine konsequente Beteiligung aller und eine Ethik sozialer Bewegungen von unten. Dies stellt gegenüber vorangegangenen Enzykliken einen Fortschritt dar, der hoffen lässt auf ein „heiles Leben“ für alle, in dem „wir Beschützer der Welt sind und nicht Räuber“ (LS Gebet für unsere Erde).